

6. Juli 2017

#14 / 2017

iwd.de

iwd

Demografie
Wirtschaftswachstum
Digitalisierung
Bildung

ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

G 4120

Quo vadis?
Deutschland
2035

istockphoto / olaser

Berlin, wir haben ein Problem!

Demografie. Wahr ist, dass es Deutschland derzeit so gut geht wie schon lange nicht mehr: Die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die staatlichen Haushalte schreiben schwarze Zahlen und die Schulden sinken. Wahr ist aber auch: So wird es nicht bleiben. Die IW-Studie „Perspektive 2035“ zeigt, warum der demografische Wandel das Land vor große Herausforderungen stellt.

Wie viele Menschen in einem Land leben, ist für die Zukunft einer Volkswirtschaft genauso wichtig wie die Alters- und Qualifikationsstruktur der Bevölkerung.

Da die aktuelle amtliche Bevölkerungsprognose aber erst zum Teil an die Rekordzuwanderung des Jahres 2015 angepasst wurde, hat das IW Köln für seine Studie eine eigene Schätzung vorgenommen. Das Basisszenario (Grafik):

Im Jahr 2035 werden in Deutschland 83,1 Millionen Menschen leben – etwa 1,2 Millionen mehr als heute.

Die Schätzung unterstellt eine langfristige Nettozuwanderung von rund 218.000 Personen pro Jahr. Weil solche Prognosen jedoch immer unsicher sind, kann die Bevölkerungszahl im Jahr 2035 vom Basisszenario sowohl nach oben als auch nach unten abweichen – die Spanne reicht von 79,4 bis 86,9 Millionen.

Alterung. Der Bevölkerungsanstieg bis 2035 verhindert allerdings nicht, dass die deutsche Gesellschaft altert. Denn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 bestehen aus gut zwölf Millionen Personen – das sind deutlich mehr als jene jungen Zuwanderer, die derzeit nach Deutschland kommen.

Bis zum Jahr 2035 erreichen die Babyboomer das Rentenalter,

folglich wächst der Anteil der über 67-Jährigen bis dahin von derzeit 17,7 auf 25,8 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Erwerbspersonen. Mehr Ältere heißt weniger Jüngere, deshalb sinkt logischerweise auch die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 67 Jahren. Bis 2035 geht die Zahl jener, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, um 2,7 Millionen oder 5 Prozent zurück. Dabei ist die Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters bereits berücksichtigt.

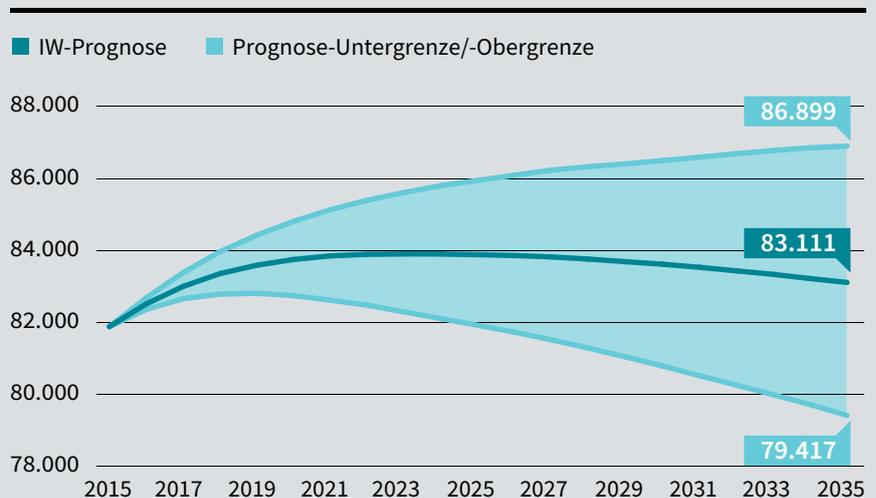
Da ein Großteil der jüngeren Erwerbsfähigen noch zur Schule geht, eine Berufsausbildung absolviert oder studiert, fällt der Rückgang der Erwerbspersonenzahl – das sind die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen – zwar geringer aus, reißt aber dennoch eine große Lücke in das Angebot an Arbeitskräften (Grafik Seite 3):

Von 2015 bis 2035 sinkt die Zahl der Erwerbspersonen um rund eine Million auf gut 41 Millionen.

Dieses Minus geht allein auf das Konto der Männer: In der Altersgrup-

Deutschlands Bevölkerung wächst

Bevölkerung in 1.000



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

pe der bis zu 20-Jährigen stehen dem Arbeitsmarkt 2035 gut 40 Prozent weniger Männer zur Verfügung, bei den 50- bis 55-Jährigen beträgt das Minus mehr als 20 Prozent, bei den 45- bis 50-Jährigen fast 16 Prozent.

Zwar gibt es auch Altersgruppen, in denen der Trend in die andere Richtung geht – die Zahl der 60- bis 65-jährigen männlichen Erwerbspersonen zum Beispiel steigt um knapp 30 Prozent, die der 65- bis 70-Jährigen sogar um fast 160 Prozent. Das reicht aber bei weitem nicht aus, um den Rückgang in den anderen Altersklassen auszugleichen.

Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen dagegen wird im Jahr 2035 um rund 100.000 höher sein als 2015.

Erwerbsbeteiligung. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter definiert die Erwerbsquote – und die misst die Erwerbsbeteiligung. Schreibt man die aktuellen geschlechts- und altersspezifischen Muster fort, zeichnet sich für 2035 folgendes Bild ab:

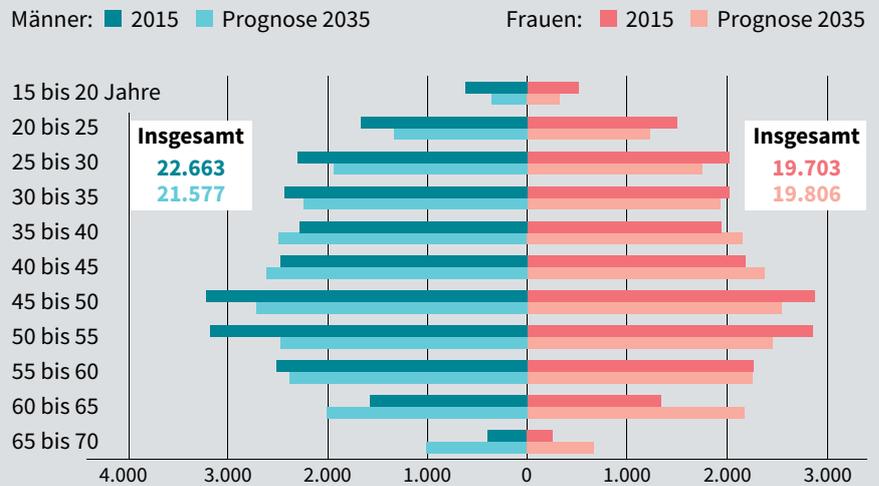
- In den Altersgruppen bis 25 Jahre nimmt die Erwerbsbeteiligung sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich ab.
- In den mittleren Altersgruppen bis 55 Jahre geht die Erwerbsbeteiligung der Männer leicht zurück, die der Frauen nimmt leicht zu.
- Bei den Älteren steigt die Erwerbsquote deutlich, das gilt für beide Geschlechter.

Insgesamt erhöht sich die Erwerbsquote bis 2035 um 2 Punkte auf dann 80 Prozent.

Arbeitsvolumen. Da nicht alle Menschen gleich lange arbeiten, ist das Arbeitsvolumen eine aussagekräftigere Größe für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als die reine Betrachtung nach Köpfen. Das Arbeitsvolumen ist das Produkt aus Erwerbstätigen und der durchschnittlichen Arbeitszeit.

Erwerbspersonen: Weniger Männer, mehr Frauen

Erwerbspersonen in Deutschland in 1.000



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zwar steigt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Voll- und Teilzeitbeschäftigten sowohl gegenwärtig als auch künftig, doch dies wird durch den leicht zunehmenden Trend zur Teilzeit kompensiert. Im Ergebnis verändert sich deshalb die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen nur wenig. Zusammen mit der Tatsache, dass der Rückgang der Bevölkerung nur zum Teil durch eine höhere Erwerbsneigung aufgefangen werden kann, heißt das:

Das Arbeitsvolumen nimmt im Zeitraum der Jahre 2015 bis 2035 um 2,8 Prozent ab.

Die Ergebnisse der IW-Bevölkerungsprognose und der daraus abgeleiteten Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zeigen, dass der demografische Wandel viele Politikbereiche vor große Herausforderungen stellt. Dazu zählen beispielsweise die sinkenden Steuereinnahmen (siehe Seite 6), die steigenden Ausgaben der Sozialversicherungen (Seite 7) und das mangelhafte Angebot auf dem Wohnungsmarkt (Seite 10).

Darüber hinaus hat das IW Köln in seiner Studie auch untersucht, wie sich die Qualifikationsstruktur der Menschen in Deutschland voraussichtlich entwickeln wird. Der Hintergrund: Da der demografische Wandel die Zahl der Erwerbspersonen reduziert, ist es besonders wichtig, die Produktivität der Erwerbstätigen zu erhöhen.

Die Ergebnisse geben zwar Anlass zur Hoffnung, zeigen aber auch, dass die hohe Zuwanderung das fehlende Arbeitskräfteangebot nicht ausgleichen kann:

- Im Vergleich zur ersten PISA-Erhebung im Jahr 2001 sind die durchschnittlichen Kompetenzen der Schüler in Deutschland gestiegen.
- Trotz der aktuell hohen Zuwanderung werden in Deutschland auch künftig Fachkräfte fehlen, also Menschen mit einer Berufsausbildung. Die Zuwanderer werden zwar das Arbeitsangebot insgesamt erhöhen, dabei aber vor allem in jenen Bereichen unterkommen, in denen nur geringe Qualifikationen nötig sind.

Interview. Das IW Köln hat die Wachstumsperspektiven Deutschlands bis 2035 modelliert. Demnach wird das Bruttoinlandsprodukt unter den heutigen Gegebenheiten nur noch schwach zulegen (Grafiken). Doch es gibt Alternativen, wenn die Politik die richtigen Weichen stellt, erklärt **Michael Grömling**, Leiter der IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, im Gespräch mit dem iwd.



Foto: Straßmeier

„Wir müssen dem demografischen Wandel etwas entgegensetzen“

Herr Grömling, was ist besonders alarmierend an Ihren Forschungsergebnissen zu den Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft?

Während die deutsche Wirtschaft momentan noch mit deutlich über 1,5 Prozent zulegt, wird sich das mögliche Wachstum bis 2035 mehr als halbieren – zumindest

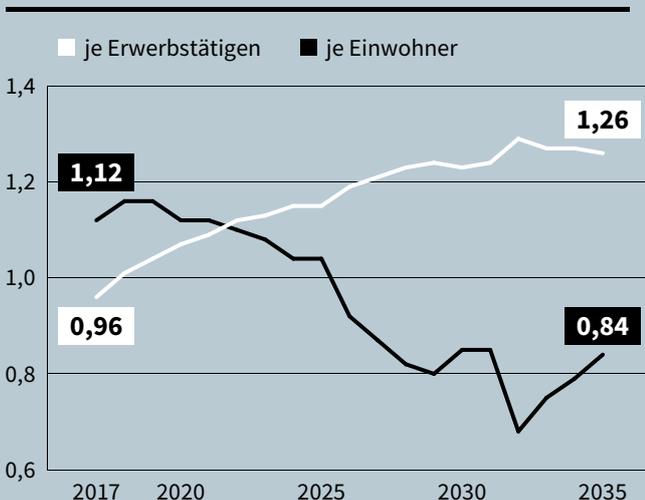
dann, wenn es uns nicht gelingt, dem demografischen Wandel etwas entgegensetzen.

Mehr Kinder?

Das wäre natürlich schön. Doch bis die arbeiten können, dauert es. Zudem sind die familienpolitischen Möglichkeiten begrenzt. Auch die Zuwanderung kann die

Die BIP-Schere öffnet sich

Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

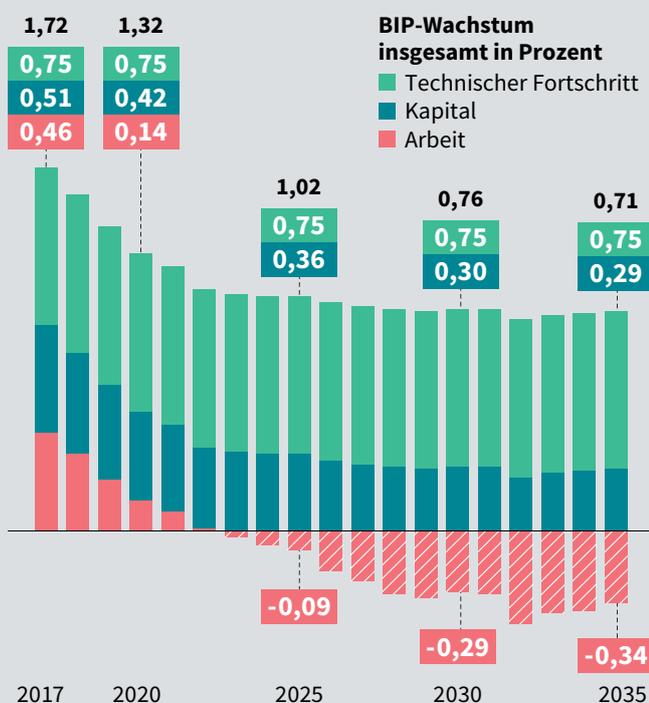
Wenn die deutsche Wirtschaft bis 2035 wächst, wie das IW Köln im Basisszenario seiner Studie prognostiziert, wird sich das BIP pro Kopf und pro Erwerbstätigen in unterschiedliche Richtungen entwickeln:

- Einerseits wird sich die Produktivität – also das reale BIP je Erwerbstätigen – kontinuierlich erhöhen. Das Produktivitätswachstum steigt von aktuell rund 1 Prozent pro Jahr auf knapp 1,3 Prozent im Jahr 2035.
- Andererseits gehen die Wachstumsraten des realen BIP je Einwohner von durchschnittlich gut 1,1 Prozent in den kommenden fünf Jahren auf durchschnittlich rund 0,8 Prozent in den 2030er Jahren zurück.

Diese gegenläufigen Trends bedeuten zusammengefasst, dass ab dem Ende der 2020er Jahre steigende Produktivitätszuwächse und gleichzeitig schwächer wachsende Einkommenszuwächse zu erwarten sind. Denn über den technischen Fortschritt und die weiter steigende Kapitalausstattung der Arbeitsplätze werden die Arbeitskräfte produktiver. Der demografische Wandel führt allerdings auch zu weniger Erwerbstätigen, deren Einkommen dann durchschnittlich stärker steigen als die Bezüge all jener, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Einer stärkeren Umverteilung von jenen, die arbeiten, hin zu allen anderen sind derweil enge Grenzen gesetzt – weil ansonsten Arbeits- und Leistungsanreize wegfallen würden.

Weniger Arbeitskräfte, weniger Wachstum

So viel Prozentpunkte tragen folgende Faktoren zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei



Technischer Fortschritt: Totale Faktorproduktivität

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Wenn die Bevölkerung wächst oder schrumpft, wirkt sich das über verschiedene Kanäle auf das Wirtschaftsleben aus: Mehr Einwohner erhöhen über Konsum und Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zudem beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Um zu beziffern, wie sich dieses Produktionspotenzial entwickeln wird, braucht es Prognosen über die Entwicklung der drei Wachstumsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt.

Die Prognose des IW Köln geht bis zum Jahr 2035. Der Analysezeitraum wurde gewählt, um den Renteneintritt der Babyboomer-Generation zu erfassen – also all jener, die Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre geboren wurden. Denn wenn diese große Bevölkerungsgruppe aus dem Erwerbsleben ausscheidet, bedeutet das erhebliche demografische Herausforderungen – trotz des Zuzugs von Flüchtlingen und Fachkräften aus dem Ausland.

Das erwartete Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft wird sich laut IW Köln deshalb von aktuell knapp 1,7 Prozent bis 2035 mehr als halbieren. Dahinter steckt die Annahme, dass der technische Fortschritt auch in Zukunft einen mehr oder weniger gleichmäßigen Wachstumsbeitrag zum BIP liefern wird. Dass immer weniger Menschen in Deutschland arbeiten, wird in diesem Szenario also nicht durch bahnbrechende Innovationen ausgeglichen. Im Hinblick auf den Einsatz des Faktors Kapital gilt: Hier werden sich im Zeitablauf durchgehend positive, aber nachlassende Wachstumsbeiträge zeigen.

Deshalb wird der Mangel an Arbeitskräften das Wachstum in Deutschland immer stärker ausbremsen – und zwar schon ab der ersten Hälfte der 2020er Jahre. Mit dem Wechsel in die übernächste Dekade erreicht der Bremseffekt auf das BIP dann ein Drittel Prozentpunkt pro Jahr. Denn 2031 wird die Rente mit 67 komplett umgesetzt sein, womit dieser leicht kompensatorische Effekt auf den Faktor Arbeit wegfällt.

demografischen Entwicklungen nur ein wenig verlangsamen. Aber es gibt andere Möglichkeiten, die einfacher umzusetzen sind und schneller wirken: Es geht darum, mehr Arbeit, Kapital und technischen Fortschritt zu mobilisieren.

Das sagen Politiker in jeder Talkshow. Aber was heißt das konkret?

In unserer Studie machen wir zu allen drei Faktoren detaillierte Vorschläge. Hier will ich mich auf den Faktor Arbeit beschränken: Wir berücksichtigen in unserem Basisszenario beispielsweise, dass die Rente mit 67 bis zum Jahr 2031 schrittweise eingeführt wird. Das Rentenalter könnte – mit Blick in die noch fernere Zukunft – danach in den Jahren mit hohen demografischen Anpassungslasten flexibel gehandhabt werden. Zum Beispiel mit Prämien für diejenigen, die länger arbeiten können und wollen.

Eine andere Möglichkeit wäre es, dafür zu sorgen, dass beispielsweise mehr Ältere überhaupt bis 67 arbeiten und Frauen noch besser in das Arbeitsleben integriert werden – da sind wir ja schon auf einem guten Weg. Oder man geht an das Thema Arbeitszeit heran:

Mehr Spielraum bei Teilzeitkräften kann einen spürbaren Effekt auf das Arbeitsvolumen haben.

Können Sie die Auswirkungen, die all die genannten Maßnahmen hätten, beziffern?

In den 2030er Jahren würde das BIP um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr stärker steigen, wenn es Deutschland gelingt, seine Arbeitskräfte besser zu mobilisieren. Aufsummiert von heute bis ins Jahr 2035 wäre das ein Einkommensplus von fast 10.000 Euro pro Einwohner.

Was wäre drin, wenn die Investitionen in Schwung kommen und es eine Technologieoffensive gibt?

Investitionen und Innovationen sind unverzichtbar für den künftigen Wohlstand: Je Einwohner läge das BIP am Ende des Betrachtungszeitraums dann um 1.850 Euro beziehungsweise 4 Prozent höher als im Basisszenario. Aufsummiert wären es fast 12.500 Euro mehr. In Kombination mit einem höheren Arbeitseinsatz reden wir dann über ein Einkommensplus von 21.850 Euro je Einwohner bis zum Jahr 2035.



Die Langfassung des Interviews finden Sie auf iwd.de/BIP-Wachstum

Das angekündigte Steuerloch

Steuereinnahmen. Wenn ab Mitte der 2020er Jahre die Babyboomer in den Ruhestand gehen, schlägt sich das auch in sinkenden Einnahmen aus der Einkommenssteuer nieder. Weil gleichzeitig die staatlichen Ausgaben steigen, muss die Politik zügig handeln.

Wenn Deutschland nicht gerade in einer Rezession steckt wie nach der Finanzkrise 2009, dann kennen die Einnahmen aus der Einkommenssteuer nur eine Richtung: nach oben. Im Jahr 2016 zum Beispiel kassierte der Staat fast 185 Milliarden Euro an Lohnsteuer – rund die Hälfte mehr als zehn Jahre zuvor.

Die gute Nachricht für den Fiskus: Dieser Trend wird auch in den kommenden zehn Jahren anhalten. Die schlechte Nachricht: Danach dreht sich der Trend um (Grafik):

Ab 2029 verringert die alternde Bevölkerung die Einnahmen aus der Einkommenssteuer – inflationsbereinigt wächst das demografiebedingte Minus bis 2035 auf fast 15 Milliarden Euro.

Mit anderen Worten: Mit der Bevölkerungsstruktur von heute wären die realen Einkommenssteuereinnahmen 2035 um 15 Milliarden Euro höher. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer IW-Simulation für die Zeit bis 2035 und beruhen auf folgendem Szenario:

Rahmenbedingungen. Die bereits getroffenen politischen Entscheidungen bleiben bestehen. Das heißt, das gesetzliche Renteneintrittsalter steigt bis 2031 schrittweise auf 67 Jahre. Außerdem wird ein allgemeiner Anstieg der Reallöhne von 1 Prozent jährlich unterstellt.

Erwerbstätigkeit. Bis Mitte des nächsten Jahrzehnts steigt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland weiter – danach geht sie zurück: Sind heute noch 41,3 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, werden es im Jahr 2035 nur noch 39,7 Millionen sein.

Da die Bevölkerung aufgrund der hohen Zuwanderung weiter wächst, gleichzeitig aber altert, kommen auf den Staat zusätzliche Ausgaben zu:

Schon 2016 musste der Bund die gesetzliche Rentenversicherung mit fast 90 Milliarden Euro alimentieren – Ende des Jahrzehnts werden es wohl mehr als 100 Milliarden Euro sein.

Doch damit nicht genug: Auch die Pensionen der Beamten sind steuer-

finanziert und steigen ab Mitte des kommenden Jahrzehnts deutlich an, ohne dass dafür ausreichend vorgesorgt ist. Zudem erfordert die demografische Entwicklung staatliche Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und die Pflege.

Um der Zwickmühle aus steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen zu entgehen, muss die Politik handeln. Da Steuererhöhungen wegen der ohnehin hohen Abgabenbelastung nicht infrage kommen, bleiben nur Maßnahmen, die die Erwerbstätigkeit steigern. Dazu zählen weitere Anpassungen im Rentensystem, eine bessere Arbeitsmarktintegration von Migranten, eine Erhöhung der Beschäftigungsquote sowie mehr Jobs für Frauen und ältere Menschen.

Und falls die Bundesregierung nicht weiß, was sie mit den derzeitigen Haushaltsüberschüssen tun soll: In einem Demografiefonds, mit dem künftige Belastungsspitzen abgefedert werden können, wäre das Geld gut aufgehoben.

Demografie schrumpft Steueraufkommen

Veränderung des realen Einkommenssteueraufkommens durch den demografischen Wandel in Milliarden Euro



Wahlgeschenkt noch zu teuer

Sozialversicherungen. Auch wenn die Bevölkerung in Deutschland aufgrund der hohen Zuwanderung vorerst weiter wächst – in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung überwiegt der demografische Alterungseffekt, also steigen die Ausgaben. Soll das heutige Leistungsniveau gehalten werden, wird's deutlich teurer.

Wer die Entwicklung des deutschen Sozialversicherungssystems prognostizieren will, begibt sich auf dünnes Eis. Denn die Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung hängen von vielen Faktoren ab – und diese lassen sich weder einzeln noch in ihrem wechselseitigen Einfluss exakt beziffern.

Zu den Unberechenbarkeiten gehören vor allem Schocks auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Politik, die gerade die Sozialversicherungen gern dazu benutzt, ihre jeweilige Wählerklientel mit immer neuen Leistungen zu umwerben. Jüngste Beispiele dafür sind die Mütterrente und die Rente mit 63.

Trotz dieser Unsicherheiten lässt sich unter bestimmten Annahmen zumindest annähernd abschätzen, wie sich die Ausgaben der Sozialversicherungen entwickeln werden:

In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Pro-Kopf-Ausgaben von 2016 bis 2035 um rund 7 Prozent steigen.

In der Pflegeversicherung steigen die Pro-Kopf-Ausgaben sogar um gut 35 Prozent. Ein Grund für diesen starken Kostenschub ist, dass Pflegeleistungen sehr personalintensiv sind und deshalb kaum von Produktivitätsfortschritten und neuer Technik profitieren.

In der Rentenversicherung kommt es darauf an, welches Sicherungsniveau man zugrunde legt: Bei konstantem Sicherungs-

niveau steigt der aktuelle Rentenwert mit den Bruttolöhnen – dann wachsen die Pro-Kopf-Ausgaben bis 2035 um mehr als 52 Prozent.

Unterstellt man dagegen, wie es in Paragraph 154 des Sozialgesetzbuchs VI festgelegt ist, dass das Mindestsicherungsniveau bis 2020 bei 46 Prozent des Durchschnittsverdiensts liegt und danach nur noch bei 43 Prozent, dann steigen die Pro-Kopf-Ausgaben bis 2035 „nur“ um knapp 44 Prozent.

Alles zusammengenommen bedeutet das (Grafik):

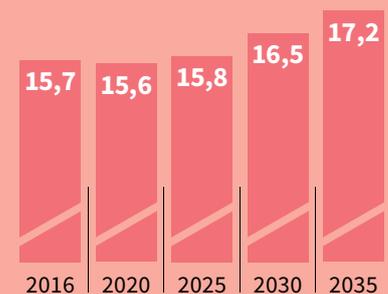
Sollen die heutigen Leistungsansprüche auch in Zukunft bedient werden, steigen die Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ohne Verwaltungskosten von 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2016 auf 17,2 Prozent im Jahr 2035.

Nun scheint der Unterschied von 1,5 Prozentpunkten nicht besonders groß zu sein, doch schon beim nominalen BIP des Jahres 2016 ginge es immerhin um fast 47 Milliarden Euro – im Jahr 2035 wären es noch wesentlich mehr.

Die Politik muss deshalb zahlreiche Fragen beantworten. Wie die Lasten des demografischen Wandels zwischen den Generationen aufgeteilt werden, ist bei weitem nicht die schwierigste. Denn eine nachhaltige Sozialpolitik muss auch berücksichtigen, dass hohe Beitragsbelastungen negative Folgen für den Arbeits-

Sozialversicherungen: Langfristig immer teurer

Ausgaben für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ohne Verwaltungskosten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Gesetzliche Rentenversicherung: bei konstantem Sicherungsniveau vor Steuern

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Gesundheit, Bundesversicherungsamt, Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

markt haben und damit das potenzielle Wachstum schmälern.

Zugleich werden sich die Kosten der Bevölkerungsalterung kaum allein durch künftige Produktivitätssteigerungen ausgleichen lassen (siehe Interview Seiten 4-5).

Notwendig ist vielmehr eine geschickte Kombination verschiedener Maßnahmen. In der Rentenpolitik zum Beispiel wäre das einerseits eine Haltelinie für die Beitragssätze, andererseits eine höhere Altersgrenze für den Renteneintritt. Spielraum für weitere Wahlgeschenke gibt es jedenfalls nicht.

Step by step

Digitalisierung. Für viele Unternehmen aus bestimmten Branchen ist der Einsatz digitaler Technik noch kein Thema – obwohl sie zahlreiche Chancen bietet, mit der demografischen Entwicklung umzugehen.

Sprachnachrichten mit WhatsApp versenden, Routen googeln oder den Sommerurlaub online buchen: Im Privatleben ist digitale Technik oft präsent. Ganz anders sieht es bei der umfassenden Digitalisierung deutscher Unternehmen aus – viele Betriebe finden die Einführung digitaler Technik nicht wichtig (Grafik):

Von den Verkehrsbetrieben, den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie des Gesundheitswesens gibt jeweils die Hälfte an, dass Digitalisierung für sie nicht notwendig sei.

Angesichts der demografischen Entwicklung ist dies fatal – schließlich ermöglicht die Digitalisierung einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Ein wesentlicher Grund dafür, dass die Unternehmen die Digitalisierung nicht vorantreiben, dürften die hohen Kosten sein: Die Vernetzung von Produkten und Prozessen erfordert schließlich beträchtliche Investitionen. Würde beispielsweise die gesamte deutsche Industrie auf Industrie 4.0 umstellen – also die Produktion mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik verzahnen –, wären dafür mehr als 40 Milliarden Euro jährlich erforderlich.

Doch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen lässt sich erhöhen – mithilfe dieser Maßnahmen:

- Die Digitalisierung ist für einen Betrieb nur sinnvoll, wenn die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Deshalb muss der **Breitbandausbau** vorangetrieben werden, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Nötig ist auch eine zügigere **Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung**, wobei insbesondere die Vernetzung von Behörden verbessert werden muss. Denn nur dann können Unternehmen – und natürlich auch Privatpersonen – ihre Behördenkontakte digital organisieren, was Zeit und Geld spart.
- Weil viele Unternehmen Sicherheitsmängel als Digitalisierungshemmnis nennen, müssen die **IT-Sicherheit** erhöht sowie der **Datenschutz** gesichert werden. So muss etwa die Europäische Datenschutz-Grundverord-

Digitalisierung? Nein, danke!

So viel Prozent der Unternehmen aus diesen Branchen sagen, dass die Digitalisierung nicht notwendig ist

Verkehr/Logistik	52
Energie- und Wasserversorgung	51
Gesundheitswesen	48
Chemie/Pharma	42
Fahrzeugbau	37
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe	36
Handel	30
Maschinenbau	29
Informations- und Kommunikationstechnik	18
Finanzen/Versicherungen	14
Wissensintensive Dienstleister	12

Befragung von 1.021 Unternehmen zwischen März und Mai 2017

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie © 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

nung in Deutschland zügig umgesetzt werden, um Rechtsunsicherheiten abzubauen.

Darüber hinaus sollten die digitalen Kompetenzen jedes Einzelnen gestärkt werden. Das beginnt in Kindergarten und Schule, wo neben einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur auch in die Aus- und Fortbildung der Lehrer investiert werden muss, um Kinder und Jugendliche mit der nötigen digitalen Medienkompetenz auszustatten. Auch in der Aus- und Weiterbildung sowie an den Hochschulen werden digitale Lern- und Medienformate noch zu selten genutzt.

Die Unternehmen selbst können ebenfalls etwas dafür tun, damit Mitarbeiter in einem digitalisierten Umfeld Wissen aufbauen und weitergeben: indem sie eine lernförderliche Arbeitsumgebung mit Wissenstransfersystemen schaffen, altersgemischte Teams bilden und eine gute Zeitpolitik anbieten. Schließlich ermöglicht die Digitalisierung der Arbeitswelt neue Gestaltungsfreiräume: Noch nie konnten Arbeitnehmer bei der Planung ihrer Arbeitszeit familiäre und private Belange in dem Ausmaß berücksichtigen wie heute. Gut möglich, dass im Jahr 2035 so mancher Angestellter nur noch zum jährlichen Betriebsfest auf dem Firmengelände aufschlägt.

Mehr Förderung, mehr Forschung

Bildung und Innovationen. Sowohl die Innovationsfähigkeit als auch der Bildungsstand der Bevölkerung lassen sich in Deutschland noch verbessern. Die erforderlichen höheren Bildungsausgaben finanzieren sich aufgrund des demografischen Wandels ab 2020 mehr und mehr selbst.

Es gibt viele Ursachen, die die Wachstumschancen eines Landes beeinflussen, zu den wichtigsten gehören die Qualifikationen der Bevölkerung. In einer Gesellschaft, die wie Deutschland altert, ist es besonders wichtig, dass die Erwerbstätigen über möglichst hohe Kompetenzen und Berufsabschlüsse verfügen. Schließlich muss eine stetig schrumpfende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter eine stetig steigende Zahl von Rentnern finanzieren.

Um das Bildungssystem für diese Herausforderung fit zu machen, ist keine pauschale Erhöhung der Bildungsausgaben nötig, vielmehr müssen in den kommenden Jahren gezielte Anstrengungen unternommen werden:

- Die Grundlagen für die **Ausbildungsreife** werden im Kindergarten und in der Schule gelegt. Höhere Kompetenzen und bessere Abschlüsse der Schüler können durch einen **Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige** und eine **Erhöhung der Qualität in den Kindergärten** erreicht werden. Für mehr Bildungsqualität in den Schulen benötigen diese mehr Entscheidungsfreiheit, idealerweise verbunden mit der Einführung von Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten.

Darüber hinaus sollten mehr junge Menschen für MINT-Ausbildungsgänge gewonnen werden, also für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, da

diese Qualifikationen besonders innovationsrelevant sind.

- Um die Potenziale der Zuwanderer und Geflüchteten besser zu nutzen, muss auch die **Ausbildungsvorbereitung verbessert** werden. Dazu sind passende Angebote zu entwickeln und die Sprachförderung auszubauen.

Für all dies ist eine deutliche Ausweitung der Bildungsausgaben für die unter 30-Jährigen notwendig. Diese Gruppe wird in Deutschland ab 2020 immer kleiner. Das heißt: Die Bildungsausgaben sind dann – bei konstantem realem Gesamtbudget für Bildung – aus der demografischen Rendite finanzierbar:

Während die öffentlichen Bildungsausgaben je Person unter 30 Jahren 2020 etwa 5.300 Euro betragen, steigen sie bis 2035

allein aufgrund des demografischen Wandels auf 5.800 Euro.

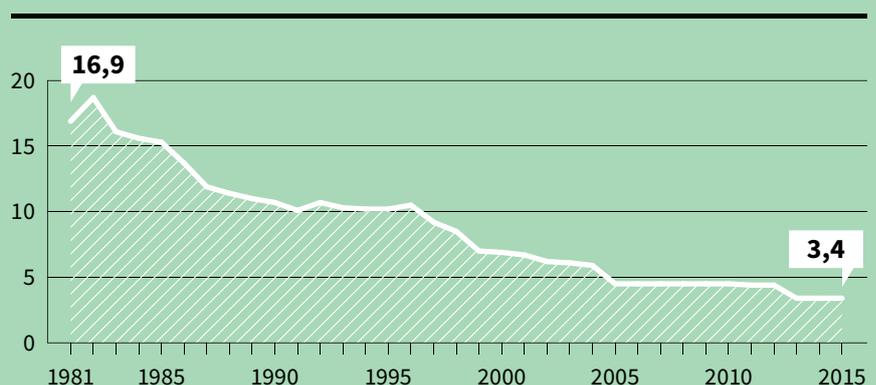
Um das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu steigern, sollten auch die Forschungsaktivitäten stärker gefördert werden. Das staatliche Engagement konzentriert sich aber zunehmend auf den Wissenschaftssektor, während die öffentliche Forschungsförderung der Wirtschaft zurückgeht (Grafik):

Von 1981 bis 2015 ist der Finanzierungsanteil des Staates an den Forschungsauswendungen im Wirtschaftssektor von 17 auf 3,4 Prozent gesunken.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) könnten steigen, wenn der Staat nicht mehr nur bestimmte Projekte unterstützt, sondern zusätzlich eine steuerliche FuE-Förderung einführt.

Forschung und Entwicklung: Der Staat zieht sich zurück

Mit so viel Prozent beteiligte sich der Staat an den Forschungs- und Entwicklungsauswendungen der Wirtschaft in Deutschland



Quelle: OECD
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vorsicht, Baustelle

Wohnungsmarkt. Eine weiter wachsende Bevölkerung braucht mehr Wohnraum – doch in den deutschen Städten hinkt das Angebot der Nachfrage schon heute hinterher. Das IW Köln hat ausgerechnet, wie viele neue Wohnungen bis 2035 in Deutschland gebaut werden müssen.

Neue Wohnungen braucht das Land

So viele Wohneinheiten müssen in Deutschland jahresdurchschnittlich gebaut werden

Von 2015 bis 2020 werden pro Jahr so viele Wohnungen aus diesen Gründen benötigt

Demografische Entwicklung in den Kreisen	160.000
Zuwanderer	132.000
Ersatz	72.000
Nachholbedarf	22.000



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln berechnet den voraussichtlichen Bedarf an Wohnraum, indem es Daten auf Kreisebene analysiert (Grafik):

Insgesamt braucht Deutschland demnach von 2015 bis 2020 im Jahresdurchschnitt gut 385.000 neue Wohnungen.

Ein Teil davon entfällt auf den Nachholbedarf aus den vergangenen Jahren sowie auf den Ersatz von mittlerweile abgerissenem, zusammengelegtem oder anderweitig genutztem Wohnraum.

Der rein demografiebedingte Baubedarf bis 2020 liegt bundesweit bei jährlich knapp 160.000 Wohnungen und Häusern. Ermittelt wird er aus der vorausgerechneten Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Landkreisen, korrigiert um den zu erwartenden Leerstand.

Doch damit nicht genug: Gut ein Drittel des Baubedarfs entsteht

durch die außerordentlich hohe Zuwanderung in den vergangenen und voraussichtlich auch in den kommenden Jahren:

Allein 86.100 Wohneinheiten müssen bis 2020 pro Jahr gebaut werden, um die zusätzliche Nachfrage durch die Flüchtlinge decken zu können.

Der Baubedarf verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig über die Republik: Während Groß- und Universitätsstädte wachsen, verlieren ländliche Regionen Einwohner.

Vor allem in den Metropolen herrscht derzeit ein gravierender Wohnungsmangel. In Berlin, Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Frankfurt am Main und Stuttgart müssten pro Jahr insgesamt 88.000 neue Wohnungen entstehen. Tatsächlich wird nicht einmal die Hälfte fertig. Berlin lag im Jahr 2015 mit 10.700 neuen Wohnungen besonders weit unter seinem Soll – dort müss-

ten bis 2020 jahresdurchschnittlich 31.200 Einheiten aus dem Boden gestampft werden. München stand mit 6.600 neuen Wohnungen bei einem Jahres-Soll von 17.200 kaum besser da.

Auch auf lange Sicht ist wenig Entspannung angesagt. Der Baubedarf geht zwar bis auf 253.000 Wohnungen im Durchschnitt der Jahre 2030 bis 2035 zurück – das ist im historischen Vergleich aber immer noch recht viel. So wurden in den 2000er Jahren im Schnitt nur 236.000 Wohnungen pro Jahr gebaut, in den vergangenen sechs Jahren waren es gerade einmal 228.000.

Um die hohe Nachfrage nach Wohnraum in den Großstädten zu bedienen, sind Politik und Immobilienwirtschaft gefragt. Mehr Bauland auszuweisen ist Grundvoraussetzung, auf die Agenda gehören aber auch die Nachverdichtung sowie der Ausbau und Umbau von Gebäuden.

Gefahr durch Protektionismus

Globalisierung. Das Tempo der Globalisierung hat sich verlangsamt, vielerorts ist die Skepsis gestiegen – vor allem, weil nicht alle gleichermaßen von den Effekten des weltweiten Handels profitieren. Die Antwort darf aber nicht Protektionismus heißen. Vielmehr muss die Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass die derzeitigen Verlierer wieder Anschluss finden.

Seit die Weltwirtschaft 2008 in die Krise schlitterte, ist der Globalisierungsprozess ins Stocken geraten. Die Potenziale des Ausbaus globaler Wertschöpfungsketten scheinen aktuell ausgeschöpft, und auch die gebremste Entwicklung einiger großer Schwellenländer, allen voran China, trägt zur Schwäche des internationalen Handels bei. Außerdem gab es in den vergangenen Jahren kaum Fortschritte in der Handelsliberalisierung. Die Folge (Grafik):

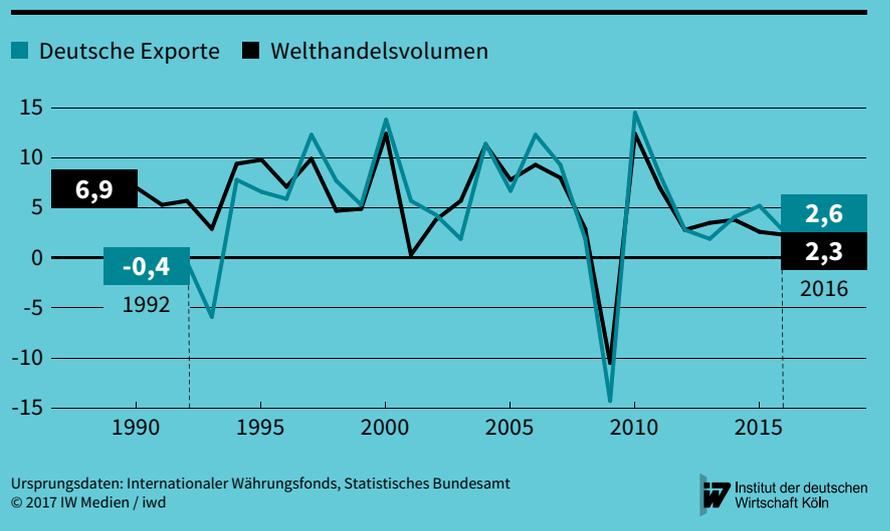
Gegenüber dem Zeitraum von 2000 bis 2008 hat sich das Wachstum des Welthandels in den Jahren 2009 bis 2016 in etwa halbiert.

Darunter leidet auch die deutsche Exportwirtschaft, denn die Globalisierung ist ein wichtiger Treiber für eine höhere Produktivität. Daher wäre es sehr schädlich, wenn sich der aufkommende Protektionismus ausbreiten würde.

Die Vorteile von Freihandel und ökonomischer Integration auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind umfangreich belegt: Verglichen mit einer autarken Volkswirtschaft erzielt eine große Gruppe handelsreibender Länder deutliche Wohlstandsgewinne – im Durchschnitt haben diese Staaten ein um 40 Prozent höheres gesamtwirtschaftliches Realeinkommen. Da Deutschland im internationalen Handel besonders aktiv ist, beträgt der Vorteil hier sogar mehr als 50 Prozent.

Welthandel: Schwache Entwicklung

Preisbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Die Früchte der Globalisierung kommen in erster Linie den Verbrauchern zugute, denn die Importe führen zu niedrigeren Preisen und einer größeren Produktauswahl.

Allerdings haben die Globalisierungskeptiker durchaus triftige Gründe. Denn die Globalisierung ist mit Anpassungen verbunden: Jobs gehen verloren und Firmen schrumpfen oder müssen schließen, wenn die Importkonkurrenz steigt oder die Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagert wird. Andererseits entstehen in den exportorientierten Firmen neue Stellen, sodass die Globalisierung insgesamt für die beteiligten Länder in der Regel ein Positivsummenspiel ist.

Dennoch muss man festhalten: Die enorme Zunahme der Niedriglohnkonkurrenz durch China sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten hat besonders in Regionen, die auf weniger anspruchsvolle Industrieprodukte spezialisiert waren, und vor allem unter Geringqualifizierten auch Verlierer hervorgebracht. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird es sein, die globalisierungsbedingten Anpassungsprozesse abzufedern und die Lage der Verlierer zu verbessern. Ein progressives Steuersystem, verlässliche und aktivierende Transferleistungen für Arbeitslose und vor allem eine verbesserte Bildung in allen Altersgruppen sind dafür zentrale Ansatzpunkte.

Adressaufkleber

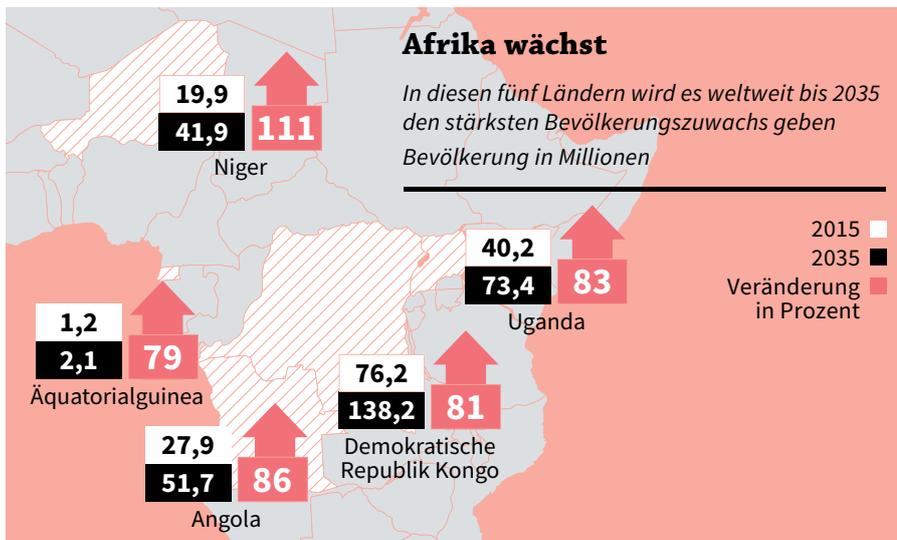
Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

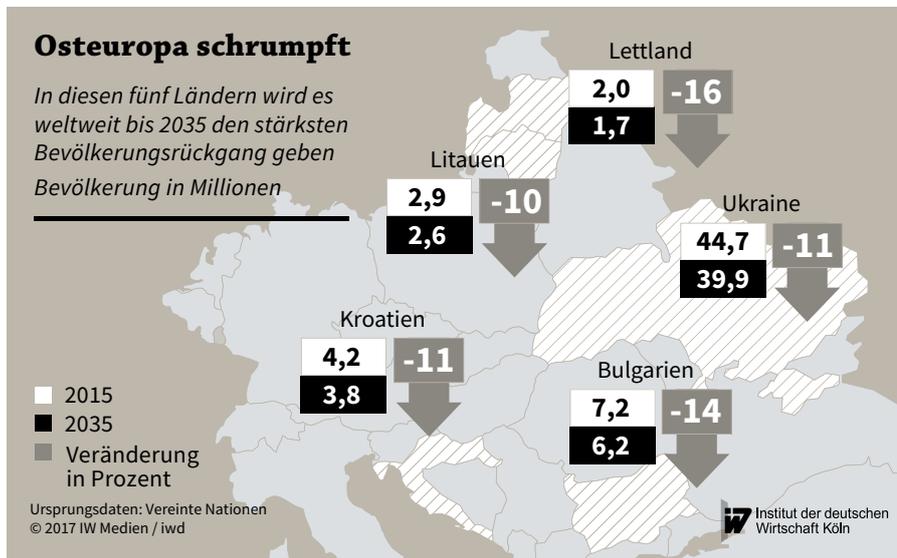
Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.



Weltbevölkerung

Wenn die Prognose der Vereinten Nationen zutrifft, werden 2035 fast neun Milliarden Menschen auf der Erde leben – 1,5 Milliarden mehr als heute. Doch die Bevölkerung wächst nicht überall: In Japan und in China wird die Zahl der Einwohner voraussichtlich sinken – und auch in einigen osteuropäischen Staaten. So ist etwa in Bulgarien nicht nur die Geburtenrate mit 1,5 Kindern je Frau relativ niedrig, sondern Tausende Menschen wandern auch Jahr für Jahr aufgrund der schlechten Wirtschaftslage aus. Den schrumpfenden Staaten stehen jedoch viele Länder gegenüber, die massiv wachsen, sodass die Weltbevölkerung in jedem Fall zunimmt. Den größten Zuwachs wird es in Afrika geben. In Niger, dem Staat mit dem stärksten Bevölkerungswachstum weltweit, wird sich die Einwohnerzahl bis 2035 mehr als verdoppeln; das liegt an der Rekord-Geburtenrate von 7,6 Kindern je Frau und daran, dass die Lebenserwartung seit 1950 deutlich gestiegen ist.



„Perspektive 2035“ – die IW-Studie

Die vorliegende iwd-Ausgabe fasst wesentliche Ergebnisse der neuen IW-Studie „Perspektive 2035 – Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand in der alternden Gesellschaft“ zusammen. Die Studie selbst erläutert darüber hinaus den Zusammenhang zwischen Demografie und Wachstum. Zudem zeigen die IW-Wissenschaftler, welche zusätzlichen Wohlstandsimpulse möglich sind, wenn die Politik den demografischen Herausforderungen mit den nötigen Reformen begegnet. Die Studie ist abrufbar unter: iwkoeln.de/deutschland2035

